

ABSCHLUSS: GEMEINSAM DRUCK MACHEN FÜR EIN NEUES NORMALARBEITSVERHÄLTNIS

Schwieriges Schließen einer «Schwachstelle»: Die Abschluss-Diskussion fragte nach der Politikfähigkeit des Konzepts. Bericht von Jörg Staudé über ein Podium der Konferenz «Initiative für ein Neues Normalarbeitsverhältnis» am 27.4.2018 in Berlin.

Wie schaffen wir es, die Initiative zu einem 'Neuen Normalarbeitsverhältnis' in den Gewerkschaften und in den eigenen Parteien zu verankern - das war eine der Fragen, die die **Moderatorin Ulrike Eifler vom DGB Südosthessen** der Abschluss-Diskussion auf den Weg gab. Eifler erlegte dem gut besetzten Münzenberg-Saal auch eine praktische Denkaufgabe: Gibt es zur Zukunft der Arbeits(verhältnisse) gemeinsame Initiativen oder Themen, die in den nächsten zwei oder drei Jahren Bündnisperspektiven eröffnen?

Hans-Jürgen Urban von Geschäftsführenden IG-Metall-Vorstand lobte eingangs die begonnene Debatte um das Normalarbeitsverhältnis. Damit werde auch eine "Schwachstelle" in der Programmatik und in der Strategieformulierung der Partei DIE LINKE gefüllt. Man habe sich in den Gewerkschaften schon häufiger kritisch gefragt, plauderte der Metaller aus, ob die "normalen" Probleme der Arbeitswelt und der Erwerbsarbeit noch einen hinreichenden Stellenwert in der LINKEN finden.

Ein neues Normalarbeitsverhältnis, so Urban weiter, sei schon deshalb notwendig, weil das "alte" nicht mehr auf der Höhe der Zeit ist. Dieses Verhältnis erodiere von "unten" durch die Prekarisierung, aber auch von "oben" her. Der Grund für Letzteres: Es entstehen neue Gruppen von Lohnabhängigen, die sich nicht mehr im Schutzbereich des Normalarbeitsverhältnisses verorteten oder auch eine eigene Arbeitsmarktmacht haben und eines tariflichen Schutzes nicht mehr bedürften. Urban wörtlich: "Es ist die Quadratur des Kreises, diese unterschiedlichen lohnabhängigen Gruppen interessenpolitisch in ein Konzept einzubinden". Ein solches Konzept müsse Teil einer "neu formulierten Klassenpolitik sein". Diese Klassenpolitik und das "Neue Normalarbeitsverhältnis" stellten für ihn "zwei Seiten einer Medaille" dar.

Klassenpolitik bedeute für ihn, erläuterte Urban, die Interessen all der unterschiedlichen Lohnabhängigen am gemeinsamen Status als "Klassensubjekte" zu packen - das Verbindende besteht für Urban darin, dass man gemeinsam abhängig ist vom kapitalistischen Akkumulationsprozess, von der Entwicklung auf den Arbeitsmärkten und dem ökonomischen Prozess insgesamt. Aus dieser Perspektive heraus hob Urban als positiv hervor, dass das Konzept des "Neuen Normalarbeitsverhältnisses" eben gerade versuche, aus einer Klassenperspektive heraus Interessensvertretungspolitik für alle Gruppen von Beschäftigten zu formulieren. Er sehe dazu auch die Bereitschaft, die traditionellen wie die modernen Sektoren der Lohnarbeit in das Konzept einzubeziehen.

Diese Vielfalt und Breite des Konzepts stellen für den IG-Metaller zugleich dessen Schwäche dar. "Wir handeln uns mit diesem richtigen Ansatz das Problem der Komplexität ein", bemerkte Urban. Die eigentliche strategische Aufgabe werde darin bestehen, interessen- und kampagnenpolitische Zuspitzungen zu formulieren. Der nächste Schritt müsste eine "strategische Fokussierung" sein. Vor den Problemen stehe übrigens die IG Metall auch selbst bei ihrem strategischen Projekt "Transformation der Industriegesellschaft", merkte Urban weiter an. Man müsse zur gleichen Zeit so unterschiedliche Prozesse wie die Digitalisierung, die Tertialisierung, die Prekarisierung, die Dekarbonisierung und anderes mehr unter einen interessenpolitischen Hut bringen.

Eins der ersten Themen, auf das man sich beim Normalarbeitsverhältnis fokussieren könne, ist für Urban das Thema Flächentarif und Tarifvertragssystem. Schauen er dazu in den Koalitionsvertrag der Großen Koalition an, finde er nichts. Die Gewerkschaften versuchten sich beim Flächentarif nach wie vor im

"Häuserkampf", kämpften Unternehmen in die Gültigkeit des Tarifvertrages hinein. Eine zweite Möglichkeit, etwas zu erreichen, ist für Urban die Allgemeinverbindlichkeit, die Möglichkeit, Tarifverträge über die Politik für allgemeinverbindlich zu erklären.

In den Industriegewerkschaften habe es, räumte der IG Metall ein, zuletzt eine Neubewertung dieser Allgemeinverbindlichkeit gegeben. Lange sei man skeptisch gegenüber gesetzlichen Regelungen in der Tarifautonomie gewesen - habe aber einsehen müssen, dass die Kraft der Gewerkschaften nicht ausreiche. Setze man allein auf Tarifpolitik, entstünden Arbeitsmarkt-Segmente, die nicht geschützt sind. Urbane hält es deswegen für richtig, das Instrument Allgemeinverbindlichkeit deutlich aufzuwerten - wohl wissend, dass dies nicht gerade ein Ausdruck gewerkschaftlicher Stärke ist.

Eine zweite Überschneidung zwischen dem "Neuen Normalarbeitsverhältnis" und den Debatten in der IG Metall sieht Urban im Bereich Zeitautonomie sowie in der Leistungs politik in den Unternehmen. Nach der jüngsten Tarifrunde arbeite die IG Metall derzeit daran, die erreichte "Kurze Vollzeit" mit dem Recht, die Arbeitszeit auf 28 Stunden zu verkürzen, in den Betrieben umzusetzen. "Dieses ist schnell gesagt und schwer gemacht", bilanzierte Urban.

Da käme eine ganze Reihe von Problemen auf die betrieblichen Akteure zu, so die Gefahr, dass es dann an anderer Stelle zu einer Ausdehnung der Arbeitszeit über die 40 Stunden hinaus kommt. Das müsse noch geregelt werden. Der jetzt abgeschlossene Tarifvertrag schaffe aber eine gute Möglichkeit, eine tarifpolitische Innovation wirklich auszuprobieren: Mehr individuellen Spielraum auf der Grundlage kollektiver Rechte, betonte Urban. Der IG Metall machte später in der Debatte auch auf die Unterschiede heutiger Arbeitszeitkämpfe zu früheren deutlich. Das Thema heute für die Beschäftigten habe den Namen "Zeitsouveränität". Es gehe um eine "solidarisch abgestützte Möglichkeit" Arbeitszeit nach eigenen Bedürfnissen zu gestalten - anstelle der kollektiven Bewegungskürzungen in den 1980er Jahren.

Urban forderte in dem Zusammenhang auch, dass mit der Reduzierung der individuellen oder der Gruppen-Arbeitszeit eine Kompensation einhergehen müsse, vor allem sei ein Ausgleich bei der Personalbemessung nötig. Geschehe das nicht, könne die Leistungsverdichtung zunehmen. "Wir wissen, dass es zur politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates in den letzten Jahrzehnten gehört hat, dass Erfolge, die wir bei der Lohnerhöhung und bei der Arbeitszeitverkürzung erkämpfen konnten, in den Unternehmen teilweise durch die Flexibilisierung und Intensivierung der Arbeit kompensiert wurden", bilanzierte Urban. Hier seien die Gewerkschaften noch nicht auf der Höhe der Zeit.

Eine dritte Schnittstelle zum "Neuen Normalarbeitskonzept" erkannte Urban im Bereich atypische Arbeit, in Werkverträgen, Leiharbeit sowie erzwungener Befristung. Die einzige Leiharbeit, die ihm, Urban gefalle, sei die, die verboten oder von den Gewerkschaften verhindert wurde. Die Umsetzung eines Leiharbeitsverbots scheitere aber nicht allein an den Interessen des Kapitals, sondern auch an einer, wie Urban sagte, "komplexen Interessenlage" der Kolleginnen und Kollegen selbst. So würden, erzählte der IG Metall, Beschäftigte kleinerer Unternehmen dort kündigen, um Leiharbeiter bei großen Autokonzernen zu werden - in der Annahme, dass sie dort das Drei- oder Vierfache verdienen. Diese Arbeiter hätten dann auch ein Interesse an einer möglichst langen Dauer der Leiharbeit.

Inzwischen, so Urban, seien die Bedingungen in der Arbeitswelt so unterschiedlich, dass daraus auch Verhaltensweisen von Beschäftigten folgten, die der Gewerkschaft Probleme bereiteten. Das zeige, wie schwer es ist, unterschiedliche Interessenlagen wirklich zusammenzubringen. Urban machte schließlich auch darauf aufmerksam, dass das Konzept des "Neuen Normalarbeitsverhältnisses" den Ausbau der Wirtschaftsdemokratie erfordert. Viele der Ziele verlangten nach veränderten Einfluss- und Machtverhältnissen in der Gesellschaft.

Von den neuen Konzepten werde man wenig realisieren können ohne eine umfassende Demokratisierung der Entscheidungen in Betrieben und Regionen wie auch transnational, ist sich der IG-Metaller sicher. "Wir müssen uns im Klaren sein, dass wir in einer Phase harter klassenpolitischer Auseinandersetzungen sind", betonte er. Das Konzept des "Neuen Normalarbeitsverhältnisses" sei aber eine sehr gute Grundlage, künftig stärker und gemeinsamer als in der Vergangenheit zu diskutieren.

Klaus Dörre, Soziologe an der Uni Jena, fragte sich in der Folge, ob die Fokussierung auf die Prekarisierung zum Eindruck geführt haben, dass sich die soziale Frage nur noch für diejenigen stelle, die lange arbeitslos und besonders prekär sind und jenseits davon gebe es keine Probleme in der Arbeitswelt mehr. Genau diese mit der Zeit entstandene "Lücke" in der Wahrnehmung werde für ihn mit dem "Neuen

Normalarbeitsverhältnis" thematisiert.

Das Konzept, lobte Dörre, sei nicht nur erfreulich konkret, es werde auch versucht, einen "langen Pass" bis hin zur Wirtschaftsdemokratie und zur Systemfrage zu spielen. Es werde Sicherheit in einer sich dramatisch verändernden Welt der Arbeit eingefordert - Sicherheit im Sinne einer Planbarkeit des Lebens der Menschen, die von Lohn abhängig sind. Das gefalle ihm gut.

Wie zuvor Urban wies auch Dörre auf die Aufgabe hin, die vielen guten Ideen des "Neuen Normalarbeitsverhältnisses" mit sozialen Auseinandersetzungen zu bündeln. Aus seiner, Dörres, Sicht werde der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung eines der Momente werden, an dem sich entscheide, wie die Weichen in der Arbeitswelt der Zukunft gestellt werden. Der IG Metall sei es zwar, so Dörre weiter, jetzt gelungen, die 28-Stunden-Woche als Option durchzusetzen und die Arbeitszeit zum Thema in der Tarifpolitik zu machen. Im Unterschied zum Kampf um die 35-Stunden-Woche sei die Arbeitszeitverkürzung heute jedoch noch kein "politischer Konvergenzpunkt" von Gewerkschaften oder linken Intellektuellen mehr, schätzte der Soziologe ein.

Für ihn bestehe der nächste Schritt deshalb darin, den 28-Stunden-Impuls aufzugreifen. Er dürfe keine Eintagsfliege und auch nicht nur eine individuelle Option bleiben, forderte Dörre. "Die Arbeitszeitverkürzung, die 'Kurze Vollzeit' muss als eine kollektive Strategie auf den Tisch". Und später in der Debatte bekräftigte Dörre: "In der Arbeitszeitpolitik setzt man ohne gesellschaftlichen Druck nichts mehr um."

Der Soziologe wies auch auf einen Punkt hin, in dem das Konzept nachgebessert werden sollte. Dörre knüpfte dabei an den angekündigten Abbau der Hälfte der Belegschaft bei Opel Eisenach an. Nach seiner Ansicht gehe es hier nicht allein um die Marke Opel - das System Automobil an sich komme unter Transformationsdruck. Alle Klimaziele für 2020 würden auch wegen des automobilen Verkehrs gerissen. Zudem verschärfe sich die weltweite Konkurrenz in der Branche. Zugleich hingen von Opel Eisenach in Thüringen aber 60.000 Arbeitsplätze ab, betonte der Soziologe. Selbst für den Branchenverband gehe es nicht um eine Transformation des Automobilstandortes, sondern um eine Konversion.

Kann man in einer derartigen Situation, die auf einen dramatischen Wandel hinauslaufe, auf einem "Neuen Normalarbeitsverhältnis" beharren, fragte Dörre rhetorisch. Hier gibt es aus seiner Sicht Zielkonflikte. Kurzfristig komme es sicher darauf an, um den Erhalt der Arbeitsplätze zu kämpfen - zugleich müsse aber auch eine Transformationsstrategie entwickelt werden, damit auch in Zukunft sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze entstehen, wenn auch auf anderen Feldern. Eines davon könnte sein, industrielle Produktion auf soziale Bedürfnisse auszurichten.

Dörre griff dann noch das Stichwort Digitalisierung auf. Im Konzept des "Neuen Normalarbeitsverhältnisses" werde ihm noch zu wenig über Stärken geredet. Das wahrscheinlichste Szenario bei der Digitalisierung sei bisher, so Dörre, eine enorme Polarisierung der Arbeit. Man müsse hier bereits bei der Technikentstehung in die Weichen greifen, damit am Ende humane Arbeitsverhältnisse herauskommen. Aber es entstünde dann auch eine neue Fraktion von Lohnabhängigen, von Arbeiterklassen hochqualifizierter Beschäftigter. Diese haben für Dörre auch das Know-how, um bei der Digitalisierung dort einzugreifen, wo sich Systemfragen entscheiden. Dörre forderte die politische Linke auf, Bündnisangebote auch in diese Richtung machen.

Dörre warnte abschließend davor, dass es bei der Verbreitung des Konzepts des "Neuen Normalarbeitsverhältnisses" in den Betrieben ein Echo geben könnte, das da laute: Das soll allein für deutsche Arbeitnehmer gut sein - und wirklich gemeint sei dann auch noch das so genannte "Volk der Biodeutschen". Dieses Denken ist brandgefährlich, betonte Dörre. Damit müsse man sich auseinandersetzen. Nach Angaben von Dörre haben aktuellen Studien zufolge 15 Prozent der Gewerkschafter zuletzt die AfD gewählt. Das zeige ihm, wie tief eine völkische Ideologie eingedrungen ist in die aktiven Kämpfe von Betriebsräten und Gewerkschaftern. Das sei schockierend und so nicht zu erwarten gewesen, sagte Dörre.

Die politische Linke und die Linkspartei seien da in der Auseinandersetzung besonders gefordert, erklärte der Soziologe. Es gelte zu zeigen, dass völkische Ideologie in jeder Form ein Sprengsatz ist für jede Form von Klassen- und gewerkschaftlicher Solidarität. Diese könnten nur über Geschlechter- und ethnischen Grenzen hinaus funktionieren, betonte Dörre. "Die Internationale - das ist das Kernmerkmal von Klassensolidarität." Gelingen es nicht, diese Kräfte zurückzudrängen, werde es mit dem Kampf um ein neues Normalarbeitsverhältnis schwierig werden.

LINKEN-Vorsitzender Bernd Riexinger konzentrierte sich anschließend auf die Punkte, wo nach seiner Meinung gesellschaftlicher Druck aufgebaut und Kämpfe befördert werden könnten. Riexinger stimmte Urbans Bemerkung zur "Komplexität" zu. Sicher könne man das "Neue Normalarbeitsverhältnis" nicht einfach einführen, das volle Konzept habe schließlich 70 Seiten mit 250 Forderungen.

Auch Agitation funktioniere hier nicht, meinte Riexinger, sondern man müsse überlegen, ob es Gruppen und Akteure in der Gesellschaft gebe, die in verschiedenen Feldern dieser Konzeption arbeiteten und Auseinandersetzungen führten und ob Kräfte wie DIE LINKE vorhanden seien, die das zusammenführen könnten.

Riexinger schlug vor, sich dazu vier Felder vorzunehmen. Das erste ist für ihn der Kampf für höhere Löhne und Tarifbindung sowie gegen prekäre Arbeitsverhältnisse. Hier hält der LINKEN-Vorsitzende zwei Forderungen für besonders wirksam: Höhere Löhne im unteren Lohnniveau. Dieses Ziel werde man aber nur erreichen, wenn man die tariflichen Kämpfe mit einem höheren gesetzlichen Mindestlohn verbindet. Bei der Bewertung von Untergrenzen von Löhnen sei man dabei mit 12 Euro nicht zu hoch, sondern genau richtig.

Dieser Kampf um höhere Löhne muss für Riexinger mit dem um Tarifbindung verbunden werden. Die Tarifbindung sei die zentrale Frage zur Regulierung der Arbeit. Neben den schon erwähnten "Häuserkämpfen" brauche es hier aus Sicht des LINKEN-Vorsitzenden - auch hier stimmte er mit Urban überein - den politischen Teil der Allgemeinverbindlichkeit. Es müsse wieder normal und keine Ausnahme sein, dass ein Unternehmen im Tarifvertragssystem eingebunden ist.

Es müsse deutlicher werden, so Riexinger, dass es für die Beschäftigten von den Löhnen her als auch von den Arbeitsbedingungen her einen Unterschied mache, ob sie unter Tarifverträge fallen oder nicht. Auch gegen die ganzen Formen der prekären Arbeit würde Tarifbindung auch helfen. Aus Riexingers Sicht müssten dabei vorhandene tarifliche Kämpfe - wie im Einzelhandel oder beim Bodenpersonal an Flughäfen - mit einer gesellschaftlichen Initiative für mehr Tarifbindung verbunden werden. "Letztlich ist es völlig unmöglich, das Problem nur betrieblich zu lösen", betonte er. Aus dem Grund müssten sich hier dann auch die Gewerkschaften auf das politische Feld begeben und die Regierung direkt angreifen. Diese wolle bei der Tarifbindung nichts regeln, obwohl die SPD damit sogar in den Wahlkampf gegangen war.

Ein zweites Feld machte Riexinger in der Pflege und der sozialen Arbeit aus. DIE LINKE wolle ab Mitte Mai eine breite Kampagne machen zur Pflege, darunter für 100.000 zusätzliche Pflegestellen in den Krankenhäusern sowie eine gesetzliche Mindestpersonalbemessung in den Krankenhäusern, desweiteren für 40.000 Stellen mehr in der Altenpflege und einen gesetzlichen Pflegemindestlohn von 14,50 Euro.

Die Pflegefrage verbinde, sagte Riexinger, verschiedene Gruppen von Akteuren in einem "gemeinsamen Klasseninteresse", erstens die Beschäftigten, die teilweise schon um bessere Bedingungen kämpften. Zweitens rechnet Riexinger mit einer gesellschaftlichen Zustimmung zu den Kämpfen - von Patienten und Angehörigen, die man ebenfalls mobilisieren könne. All das zusammen kann für Riexinger zu einem sehr "exemplarischen Auseinandersetzungspunkt" werden.

Bei einem dritten Feld - der Arbeitszeit - wies Riexinger darauf hin, dass es ihm nicht nur um Zeitautonomie gehe, sondern um eine neue gesellschaftliche Initiative zur Arbeitszeitverkürzung. "Arbeitszeit ist heute etwas, was man nicht mehr nur rein tariflich bearbeiten kann, sondern wenn man Fortschritte in der Verkürzung erreichen will, muss es eine gesellschaftliche Auseinandersetzung geben." Die Frage sei, ob man heute Arbeitszeitsysteme durchsetzen kann, die Leben und Arbeiten weitaus besser verbinden und auch auf der Höhe der Zeit sind.

Riexinger äußerte dabei die Vorstellung, dass die Arbeitszeitfrage als nächstes von einer Gewerkschaft im öffentlichen Dienst aufgegriffen werden müsse. Dort werde immer noch 39 bis 40 Stunden die Woche gearbeitet, zudem gebe es einen unheimlichen Druck auf die Arbeitsbedingungen im Pflege- und im sozialen Bereich, dort seien auch viele Frauen tätig. Für Riexinger muss der öffentliche Dienst bei der Arbeitszeit in die Vorhand gehen.

Das vierte Feld, das der LINKEN-Vorsitzende ausmachte, sind die sich verschlechternden Arbeitsbedingungen, der Dauerstress. Dies müsse zu einer gesellschaftlichen Frage werden, forderte er. Noch immer würden aber schlechte Arbeitsbedingungen, die zu Stress bis hin zu psychischen Krankheiten führten, stark individualisiert. Es ist, so Riexinger, eine politische Aufgabe zu sagen, dass - wenn alle unter Stress leiden - dies nicht mehr nur eine individuelle, sondern eine gesellschaftliche Frage ist. Für Alle bessere Bedingungen zu schaffen, ist für Riexinger ein ebenfalls sehr übergreifendes Projekt.

Er plädierte abschließend dafür, dass DIE LINKE diese vier Felder aufgreift, mit Gewerkschaftern daran arbeitet und es zu einem gesellschaftlich offensiven Konzept zusammenführt. "Wir wollen grundsätzlich andere Verhältnisse in der Arbeitswelt und wir wollen, dass die Arbeitswelt umgestaltet wird, weil wir die ganze Gesellschaft humaner und sozialer machen wollen." Das ist, so Riexinger, das Angebot, Druck für eine gesellschaftliche Massenbewegung aufzubauen.